

Stand: 08.05.2026 08:09:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4087

"Dorfkerne beleben - Kein neues Möbelhaus auf der grünen Wiese"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4087 vom 06.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5725 des WI vom 05.02.2015
3. Beschluss des Plenums 17/5923 vom 26.03.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 26.03.2015



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dorfkerne beleben – Kein neues Möbelhaus auf der grünen Wiese

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, keine Abweichung von den Zielen der Raumordnung im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens Himmelkron/XXXLutz zuzulassen.

In diesem Verfahren soll durch das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat als oberste Landesplanungsbehörde keine ministerielle Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Der ablehnenden Feststellung der Regierung von Oberfranken soll gefolgt werden.

Begründung:

In der Gemeinde Himmelkron soll auf einer Fläche von etwa 117.000 m² ein Einrichtungshaus angesiedelt werden. Nachdem die Regierung von Oberfranken dieses Vorhaben abgelehnt hat, strengte die Gemeinde Himmelkron ein Zielabweichungsverfahren nach Art. 4 Sätze 1 und 2 BayLplG an.

Das Vorhaben stößt vor Ort auf großen Widerspruch und wird größtenteils abgelehnt. Ausschlaggebend sind die hohe Verkehrsbelastung, ein Verdrängungswettbewerb und ein massiver Eingriff in die Natur.

Um das erklärte Ziel der Staatsregierung zu erreichen, die Dorfkerne wieder zu beleben, sollten Ausnahmen für den Einzelhandel auf „der grünen Wiese“ generell vermieden werden.

Auch unter den Gesichtspunkten der Energiewende ist es wenig sinnvoll, wenn durch Vorhaben dieser Art noch mehr Autoverkehr erzeugt wird.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/4087

Dorfkerne beleben – Kein neues Möbelhaus auf der grünen Wiese

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatter: **Walter Nussel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 5. Februar 2015 beraten und mit folgendem Stimm-
ergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/4087, 17/5725

Dorfkerne beleben – Kein neues Möbelhaus auf der grünen Wiese

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Walter Nussel

Abg. Annette Karl

Abg. Thorsten Glauber

Staatssekretär Albert Füracker

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dorfkerne beleben - Kein neues Möbelhaus auf der grünen Wiese (Drs. 17/4087)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erster Redner ist der Kollege Stümpfig. Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf besonderen Wunsch der Abgeordneten Glauber und Nussel haben wir den Antrag hochgezogen, um das abschließend zu debattieren.

Für ein Möbelhaus auf der grünen Wiese in einem Dorf mit nicht einmal 4.000 Einwohnern

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

sollten zehn Hektar zugestraft werden für ein gigantisches Shopping-Center. Aber diese großwahnwitzigen Pläne in Himmelskron – –

(Inge Aures (SPD): Himmelkron!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Entschuldigung, Herr Stümpfig. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um noch etwas Geduld. Es dauert nur noch eine Stunde. Bitte die Lautstärke etwas runterfahren! Umso schneller sind wir fertig. – Ich bitte auch die Kollegen, die hinten stehen und reden, jetzt etwas ruhiger zu sein, den Kollegen zuliebe. - Danke schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Diese größenwahnsinnigen Pläne in Himmelkron waren dann selbst unserem Minister Markus Söder zu abwegig. Dem Minister blieb gar nichts anderes übrig, als die Planungen zu stoppen. Aber eigentlich hat er etwas anderes vor, und deswegen heute noch einmal diese kurze Debatte. Ihm reicht es nicht, dass die letzte CSU-Regierung der Landschaftszersiedlung, dem Landschaftsverbrauch und dem Flächenverbrauch schon mit der Anhebung der Obergrenze für Einzelhandelsgroßprojekte von 800 auf 1.200 qm massiv Vorschub geleistet hat. Jetzt will unser sogenannter Heimatminister auch noch das Anbindegebot lockern. Das, meine Damen und Herren, hätte fatale Folgen:

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Auf der grünen Wiese könnte ungehemmt gebaut werden; nachträglich könnten noch Erschließungsstraßen gebaut werden, natürlich alles auf Kosten der Steuerzahler. Das ist bisher nicht möglich, und das muss so bleiben.

Ein konkretes Beispiel aus meiner Region: Erst vor zwei, drei Wochen haben wir die schriftliche Begründung für die Ablehnung des Gewerbegebiets InterFranken bekommen. Ein 80 Hektar großes Gewerbegebiet sollte speziell für Speditionsbetriebe am Autobahndreieck A 6/A 7 gebaut werden. Es fiel vor dem Bayerischen Verwaltungsgesichtshof in Bausch und Bogen durch: keine Anbindung, keine Erschließung, keine Begründung für ein Sondergebiet.

Deswegen fragen wir uns heute: Ist diese ganze Aufweichung, die jetzt geplant ist, eine Lex InterFranken? – Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse, wo sich entlang von Autobahnen und Bundesstraßen Gewerbehallen und Shopping-Center wie an einer Perlenschnur aufreihen. Diesen Ausverkauf der Heimat wollen wir verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben schon heute das Problem, dass wir unsere Dörfer und Kleinstädte nicht mehr erkennen. Wir werden am Stadtrand von Aldi, Lidl und Co. begrüßt. Meine Heimatstadt Feuchtwangen ist dafür ein Paradebeispiel; wir haben genau diese Problematik an unserer Stadtgrenze. Die jahrzehntelange CSU-Mehrheit im Stadtrat machte das möglich. Die Innenstadt ist leer.

Hier muss gegengesteuert werden. Wir brauchen ein Landesplanungsprogramm, das steuert und lenkt,

(Erwin Huber (CSU): Das haben wir doch!)

das aus den Fehlern der Vergangenheit lernt – Herr Huber, das ist bis jetzt nicht der Fall –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und den Wildwuchs begrenzt. Genau diesen Wildwuchs würden die Pläne von Minister Söder aber unterstützen. Deswegen ist auch die Liste derjenigen, die diesen Irrsinn ablehnen, sehr lang; der BUND Naturschutz spricht vom "Heimaterstörungsministerium", der Bayerische Städtetag befürchtet eine ungezügelte Ansiedlungswut, die Handwerkskammern sprechen von "Unsinn", genauso wie der Bund der Selbständigen. Selbst der Bayerische Einzelhandelsverband bemängelt das unkoordinierte Vorgehen.

Aber die CSU hat keine moderne Antwort parat, und Herr Bocklet, unser Erster Vizepräsident, ging zum Beispiel mit der Parole durchs Land, das sympathische Gesicht Bayerns hänge nicht von der Existenz eines Dorfladens ab – vielen Dank, Herr Bocklet, für diesen Hinweis! –, und er fordert ein standardisiertes Zielabweichungsverfahren. Da können wir nur den Kopf schütteln. Wir wollen das nicht. Wir wollen nicht, dass Herr Söder am Schluss zum Zielabweichungsverfahren Ja sagt: Daumen rauf, Daumen runter. Das ist für uns keine Landesplanung.

Die Staatsregierung hat unserem Antrag zum Thema Himmelkron bereits entsprochen. Uns ist das Thema aber sehr wichtig, und wir wollen heute noch ein ganz klares Zeichen gegen Flächenfraß, gegen eine Verödung der Dorfkerne und für eine gute und koordinierte Landesplanung setzen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Stümpfig. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Nussel. Er ist auch schon auf dem Weg. Bitte schön, Herr Kollege.

Walter Nussel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Stümpfig, ich muss Ihnen sagen: Der Antrag ist so überflüssig wie ein Kropf. Sie haben einen Antrag gestellt und haben von Ihrer Redezeit ganze 60 Sekunden auf Himmelkron verwandt, um das es eigentlich geht.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich hatte nur drei Minuten!)

Im Rest haben Sie nur davon gesprochen, wie Sie sich den Landesentwicklungsplan vorstellen.

(Karl Freller (CSU): Eine präzise Beschreibung!)

Sie sprechen von einem Ausverkauf der Heimat und von Fehlern der Vergangenheit. Ich muss Ihnen sagen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Bayern stünde nicht so da, wenn die Politik in den letzten Jahrzehnten anders gehandelt hätte.

(Beifall bei der CSU – Martin Stümpfig (GRÜNE): 35 Hektar alle zwei Tage!)

Ich muss ganz klar sagen: Die Staatsregierung hat hier richtig gehandelt, und wir haben richtig gehandelt, als wir Ihren Antrag im Ausschuss abgelehnt haben, weil das die Staatsregierung zu entscheiden hat. Und wie hat sie entschieden? - Sie hat abge-

wogen, und das ist richtig so. Was Sie hier vorgetragen haben, entspricht auch nicht den Zielen, die Sie sonst vertreten.

Wir reden von einer Stärkung des ländlichen Raums. Deswegen müssen wir Einzelentscheidungen treffen, müssen alles abwägen und dann sagen: Wir wollen keine überhitzten Räume in den Großstädten und den Metropolen, sondern wollen den ländlichen Raum stärken. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir solche Anfragen prüfen und letztlich nach Prüfung der Einwendungen der Kommunen abwägen. Das alles ist hier geschehen, und darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Wenn man das alles beurteilt, sieht man, dass man sich auf dem richtigen Weg befindet.

Ich möchte mich bei der Staatsregierung dafür bedanken, dass sie diesen Weg gegangen ist, weil das, was da geplant ist, in der Region zu groß wäre und weil andere dadurch eventuell geschwächt worden wären.

Für die Zukunft bitte ich doch darum, immer so abzuwägen, wie es bisher auch gelaufen ist. So soll es weitergehen, dass wir den Landesentwicklungsplan fortschreiben und versuchen, kleinere Zentren zu stärken, die Menschen in der Region zu halten und dort Arbeitsplätze vorzuhalten.

Ich denke, eine Zulassung wäre auch durch die geplanten Änderungen im Rahmen der aktuellen LEP-Fortschreibung nicht möglich. Geplante Erleichterungen für die Zielabweichungsverfahren in grenznahen und strukturschwächsten Gebieten, das Anbindeziel betreffend, gelten ausdrücklich nicht für den Einzelhandel.

(Erwin Huber (CSU): Sehr richtig!)

Das sind alles Themen, die Sie nicht angesprochen haben. Ich hatte aber erwartet, dass Sie zu diesem Thema kommen und das ansprechen.

Ich bedanke mich ausdrücklich beim Ausschuss, dass wir das in der Diskussion haben und weiter so nach vorne treiben, und hoffe, dass Sie einmal zum Nachdenken kommen, ob Anträge, die Sie stellen, zeitgemäß sind. Sie sollten einmal, wenn Sie immer

davon sprechen, was in der Vergangenheit alles schlecht gelaufen ist, darüber nachdenken, wo Bayern steht, warum die Leute zu uns kommen wollen, warum sich die Leute ansiedeln wollen und warum sie Arbeitsplätze suchen. Das kommt bestimmt nicht daher, dass Sie alles verhindern wollen. Wenn wir bei allem im Einklang sind mit der Natur, mit der Struktur und mit dem, was unser Land auszeichnet, sind wir auf dem richtigen Weg.

Ich will meine Redezeit gar nicht ausschöpfen; denn der Antrag ist, wie ich gesagt habe, so überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Nussel. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Karl. Bitte schön, Frau Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der konkrete Inhalt des Antrags hat sich durch die Ministerentscheidung sozusagen positiv erledigt. Der Antrag behandelt aber in seiner Begründung auch die Gesamtsituation der Versorgung im ländlichen Raum. Von daher macht es durchaus Sinn, ihn heute hier im Plenum noch einmal zu behandeln, vor allem unter dem Aspekt, dass Minister Söder weitgehende Änderungen beim LEP angekündigt hat und uns dieses Thema in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen wird.

Die Vorschriften zum Einzelhandel sind bereits bei der letzten LEP-Änderung massiv aufgeweicht worden. Wir haben das damals heftig bekämpft, und mittlerweile gibt uns die Realität recht. Auch die Vergrößerung der Einzelhandelsgeschäfte hat dort zu keinen neuen Läden geführt, wo es nicht so viele Menschen gibt, dass das für einen Betreiber rentierlich ist. Die Aufweichung der Vorschriften zur Größe hilft also nicht weiter. Von daher sehen wir es als sehr positiv, dass im Bereich des Einzelhandels in Zukunft keine weiteren Aufweichungen geplant sind.

Was wir für die Regionen brauchen, ist eine vermehrte Zusammenarbeit der Kommunen und sind mehr Überlegungen nach dem Motto "gemeinsam auf dem Weg", das heißt regionale Einzelhandelskonzepte, bei denen sich eine Region gemeinsam Gedanken macht, was man für eine Versorgung braucht und wo man die Standorte am besten ansiedeln kann. Andere Regionen in Deutschland machen uns so etwas vor. Hier sollte man mehr positive Anreize setzen, um Kommunen in die Lage zu versetzen, gemeinsam voranzugehen und mit der ewig vorherrschenden Kirchturmpolitik und der Konkurrenz um bestimmte Standorte aufzuhören.

Aus diesem Grund sehen wir auch die geplanten Änderungen im Bereich der Gewerbegebietsausweisungen und des Tourismus sehr kritisch. Wir halten es nicht für eine sinnvolle Landesplanung, wenn man jede Wiese in ein Gewerbegebiet umwandeln darf und aus jedem Wald einen Bauplatz für ein Vier-Sterne-Hotel machen kann. Das hilft uns in der Region nicht weiter, sondern was uns weiterhilft, ist eine sinnvolle, vernünftige Strukturpolitik mit Augenmaß.

(Beifall bei der SPD)

Wir lehnen auch die Überlegungen ab, die Zielabweichungsverfahren auf die Bezirke herunterzuverlagern. Der Oberbürgermeister von Nürnberg Dr. Maly hat für solche Bestrebungen ein sehr schönes Wort gefunden. Er hat von einer Kommunalisierung des Ärgers gesprochen. Schwerwiegende Abwägungen gehören, wie Himmelkron gezeigt hat, nicht in die Bezirke, sondern müssen auf der Landesebene bleiben, damit man signalisiert: Wenn man überhaupt zu solchen Zielabweichungen kommt, sind das massive Einzelfälle. Wir lehnen, wie gesagt, auch diese Änderung ab. Bezüglich des Antrags bleiben wir bei unserem ursprünglichen Abstimmungsverhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Karl. – Nächste Wortmeldung: der Kollege Glauber. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Region und der Landkreis waren für das Projekt, die Regierung von Oberfranken dagegen. Der Minister hat entschieden: Das Projekt kommt nicht.

Ich sehe es nicht so wie Kollege Stümpfig, dass wir Zielabweichungsverfahren grundsätzlich nicht zulassen können. So etwas muss in Bayern immer möglich sein. Die Situation ist von Fall zu Fall verschieden. Dafür gibt es Zielabweichungsverfahren.

Zu dem Projekt ist alles gesagt, und so lautet auch der Antrag.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Glauber. – Jetzt meldet sich noch Staatssekretär Füracker zu Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, ich muss zumindest drei Takte sagen. Zunächst erschien es nicht notwendig, sich zu Wort zu melden; denn die Intention des Antrags ist völlig in Erfüllung gegangen. Himmelkron wurde in der Form nicht gestattet.

Aber nachdem der Vorredner hier behauptet hat, Minister Söder hätte etwas ganz anderes vorgehabt, als er dann getan hat, muss ich ehrlich sagen: Bei aller Debatte und bei allen gegensätzlichen Meinungen, die man gern austauschen möchte, halte ich es für ziemlich frech, solche Behauptungen in den Raum zu stellen. Das weise ich in aller Schärfe zurück. Minister Söder hat nie etwas anderes vorgehabt, als ein Zielabweichungsverfahren durchzuführen genauso wie es das Landesentwicklungsprogramm vorsieht. Es wurde hier völlig nach Recht und Gesetz ein Verfahren durchgeführt, das zum Ergebnis hatte, dass in dieser Dimension das Ganze nicht möglich ist. Deswegen bitte ich, die Wortwahl schon etwas zu überdenken.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen: Was die geplanten Änderungen des LEP in Fragen des Anbindegebots anbelangt, bitte ich Fakten zur Kenntnis zu nehmen und nicht ständig zu wiederholen,

was nicht stimmt. Aber es wird immer wieder nach dem Motto "Was interessieren mich Tatsachen, ich bleibe in jedem Fall bei meinem Vorurteil" behauptet, wir würden, nachdem wir das LEP ändern, solche Dinge wie Himmelkron künftig ermöglichen wollen.

Ich sage es hier wahrscheinlich zum 34. Mal: Die angedachten Änderungen des Landesentwicklungsprogramms beziehen sich definitiv nicht auf Fragen des Einzelhandels. Auch bei dem, was wir andenken, wird sich für Genehmigungsverfahren im Einzelhandel nichts, aber auch gar nichts verändern. Das Einzige, was man machen möchte: den Kommunen Dinge zu ermöglichen, nach denen sie sich wirklich selbst sehen.

Der Gemeindetag und der Landkreistag gehen unseren Weg vollkommen mit, weil es eine Unterstützung von Kommunen in strukturschwachen Räumen darstellt, zum Beispiel an Autobahnausfahrten in Zukunft Gewerbegebiete situieren zu können. Dort sollen nicht große Einkaufsmärkte angesiedelt werden, sondern Gewerbe, das zum Beispiel überhaupt nicht geeignet ist, in Zukunft im Ort platziert zu sein.

Da wir nicht über Einzelhandel reden, sind sogar die Handwerker und alle anderen Wirtschaftsverbände der Meinung: Jawohl, wir müssen ermöglichen, an Autobahnausfahrten Gewerbegebiete anzusiedeln, um die Dinge, die innerorts dort keinen Platz mehr haben, wenigstens am Rand des Ortes darstellen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Das hat nichts damit zu tun, dass wir den Kernort oder die Mitte des Ortes schwächen, sondern wir ermöglichen Betrieben, die nicht in den Kernort passen, einen Platz, um ihr wirtschaftliches Tun zu vollbringen.

Man kann für alles sein, man kann gegen alles sein, man kann sich in korrekter Weise äußern, oder man kann wegen dieser kleinen Änderung behaupten, wir wären ein Heimatzerstörungsministerium.

Meine lieben Freunde von der Opposition, wer daraus schließt, dass wir Kommunen ermöglichen, an Autobahnausfahrten Gewerbegebiete zu situieren, und ihnen erlauben, interkommunal Gewerbegebiete auszuweisen, und wer sagt, wir wären ein Heimatzerstörungsministerium, der muss sich in seiner eigenen Wortwahl hinterfragen lassen, muss sich fragen lassen, ob das noch ganz in Ordnung ist, so miteinander Politik zu machen.

Wir sind ein Arbeitsplatzbeschaffungsministerium; denn die Gemeinden vor Ort können,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wenn wir das ändern, wesentlich gezielter ihre Wünsche im Bereich der Gewerbegebiete anstreben.

Lassen Sie mich noch eines sagen, meine Damen und Herren. Wer Kontakt mit der Kommunalpolitik, mit den Gemeinden, gerade in den strukturschwachen Räumen, pflegt, wer mit Bürgermeistern und Landräten spricht und sich nicht nur fragt, wie man das kritisieren kann, was die Staatsregierung plant, der wird sehr schnell merken, dass diese Dinge, die wir hier vorlegen, geradezu sehnlicher Wunsch der Kommunen im Freistaat Bayern sind. Deswegen unterstützen uns der Gemeindetag und der Landkreistag ganz ausdrücklich.

Was sagen Sie Ihren Bürgermeistern und den Landräten vor Ort, wenn Sie gefragt werden, wie Strukturentwicklung mit Augenmaß aussehen soll? Die SPD spricht von Strukturentwicklung mit Augenmaß. Es stimmt, das sind alles schöne Floskeln. Mich fragen der Bürgermeister und der Landrat: Was macht ihr, was setzt ihr um, wie könnt ihr uns helfen? Denen kann ich nicht erklären, dass wir Strukturpolitik mit Augenmaß machen, sondern denen muss ich sagen, welche Maßnahmen wir planen.

Mit dieser kleinen Nuance an Änderungen ist in Zukunft viel ermöglicht, gerade im ländlichen Bereich. Deswegen werden wir diese Änderungen vornehmen. In diesem

Sinne bitte ich darum, im weiteren Verlauf der Debatte bei diesem Thema wenigstens so fair zu sein und nur über das zu sprechen, was in Wahrheit geplant ist, und nicht über Erfindungen zu sprechen, die Sie stets hineininterpretieren. In diesem Sinne ist Ihr Antrag ohnehin hinfällig.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Herr Staatssekretär, in letzter Sekunde kam noch die Meldung für eine Zwischenbemerkung. Darf ich Sie dafür noch einmal an das Rednerpult bitten? – Bitte schön, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, ich möchte Sie noch einmal auf einen Umstand unserer Region hinweisen. Es geht um das Gewerbegebiet InterFranken, also genau um den Bereich, den Sie lockern möchten, um mehrere 100 Hektar freie Gewerbeflächen. Jede Kommune weist neue Gewerbegebiete aus, bei uns der Kommunale Zweckverband noch einmal 80 Hektar in der ersten Ausbaustufe. Ist das eine sinnvolle Entwicklung? Ist es sinnvoll, an jeder Autobahnausfahrt in Zukunft, wenn Sie das lockern wollen, noch weitere Gewerbegebiete auszuweisen, wenn wir schon derzeit ein massives Überangebot haben? Die eine Kommune sticht die andere Kommune aus. In einem anständigen Landesentwicklungsprogramm soll es so sein, dass von oben gut geplant wird, damit sich die Kommunen nicht gegenseitig die Mitte wegnehmen. Man könnte auch kannibalisierend sagen: Da brauchen wir einfach ein Landesentwicklungsprogramm, das in die richtige Richtung geht. In diese Richtung zielt auch unsere Kritik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Stümpfig. – Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium): Gerade darum wollen wir die Änderungen in der Weise vornehmen, dass wir sagen, interkommunale Gewerbegebiete werden bevorzugt. Gerade deswegen wollen wir auch ermöglichen, dass Kommunen selbst vor Ort entscheiden, ob man ein Gewerbegebiet braucht oder nicht. Wir sagen doch nicht, dass jede Gemeinde jetzt ein Gewerbegebiet ausweisen muss. Wenn ich bei einer Gemeinde bin und der Bürgermeister mir sagt, er habe einen Unternehmer, der investieren möchte, und er habe auch eine Autobahnausfahrt, allerdings verbiete es das LEP, an dieser Autobahnausfahrt den Unternehmer investieren zu lassen. Also muss er den in die Nachbargemeinde oder Gott weiß wohin schicken.

Meine Damen und Herren, das ist nicht kommunale Selbstverwaltung in dem Sinne, wie wir sie uns vorstellen. Deswegen wollen wir landesplanerische Ansiedlungen ermöglichen, wobei an Autobahnausfahrten auch in Zukunft das Fachrecht gelten wird. Es ist sonnenklar, wenn man im Landesentwicklungsprogramm ermöglicht, dass eine Autobahnausfahrt mit einem Gewerbegebiet versehen wird, wird dennoch im Genehmigungsverfahren geprüft werden, ob an dieser Stelle nicht in irgendeiner Form ein besonders schützenswertes Tier lebt oder sich ein Moorgebiet oder sonst was befindet. Deswegen wird mit der Änderung im LEP noch lange nicht automatisch bewirkt, dass Gewerbegebiete entstehen, sondern es kann in rein kommunaler Selbstverantwortung in geeigneter Weise dort geschehen, wo es notwendig ist.

Auf Vorrat Gewerbegebiete auszuweisen, wird sowieso immer schwieriger, weil man dafür die Flächen gar nicht bekommt. Dort, wo Sie das thematisieren, im Fall von InterFranken, war meiner Kenntnis nach die Frage des Lärmschutzes der Hauptgrund, warum das Gericht es versagt hat, und nicht wegen des Flächenverbrauchs, nicht wegen des Anbindegebots und nicht wegen des Landesentwicklungsprogramms. Das zeigt, dass wir offensichtlich im fachrechtlichen Bereich nach wie vor sehr genau hinschauen. Deswegen noch einmal: Minister Söder hat nichts anderes vor als diese Kleinigkeiten, die ich jetzt erwähnt habe. Deswegen bitte ich, korrekt zu zitieren, kor-

rekt zu argumentieren. Die Angelegenheit Himmelkron eignet sich in keiner Weise für die Frage: Wie entwickeln wir unser LEP weiter?

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte! Das ist die CSU und eine Gegenstimme der SPD. – Enthaltungen? – Die FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Eberhard Rotter und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Erfolgreiche bayerische Wohnraumförderung fortsetzen", Drucksache 17/5884, bekannt. Mit Ja haben 76, mit Nein haben 56 Abgeordnete gestimmt, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir haben jetzt noch zwei offene Tagesordnungspunkte: aus dem Tagesordnungspunkt 8 zwei hochgezogene Anträge. Das ist der Antrag Drucksache 17/4613 und der Antrag Drucksache 17/4714. Im Einvernehmen mit allen Fraktionen teile ich Ihnen mit, dass diese Anträge auf die nächste Plenarsitzung nach den Osterferien verschoben sind.

Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt für heute erst einmal erledigt, und damit sind wir auch am Ende der Tagesordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen allen eine gute Zeit, ein frohes Osterfest und vor allen Dingen gute Erholung. Bitte denken Sie daran, dass die zwei Wochen, die jetzt kommen, keine Info-Wochen sind, sondern echte freie Wochen. Gönnen Sie sich deshalb auch ein bisschen Erholung und nutzen diese zwei Wochen nicht nur zum Arbeiten. Wenn Sie in Urlaub fahren, wünsche ich Ihnen eine gute Zeit. Kehren Sie heil zurück. Allen, die jetzt noch krank sind, wünsche ich, dass sie die Zeit zur Genesung nutzen können und wir uns hier nach den Osterferien wiedersehen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 17.51 Uhr)